

POLITISCHER SONDERBERICHT

Projektland: Burkina Faso

Datum: 18.06.2015

Ein Land lernt Demokratie



Mitglieder des burkinischen Verfassungsrats stärken ihre Kapazitäten

Die Hanns-Seidel Stiftung Westafrika unterstützt den Übergangsprozess im westafrikanischen Burkina Faso über eine Serie von Aus- und Weiterbildungen für öffentlich-rechtliche Institutionen. Der Transitionsregierung stehen nur 12 Monate zur Verfügung, um den etwa 16 Millionen Einwohnern nach dem abrupten Ende der 27 Jahre dauernden Präsidentschaft eine moderne und gerechte Zukunft zu ermöglichen. Am 11. Oktober 2015 sollen freie, faire und transparente Wahlen endlich den Weg freimachen für rechtsstaatliche und echte demokratische Strukturen.

Burkina Faso, ehemals Obervolta, gelegen im Herzen des Sahel und Heimat der „ehrenwerten Menschen“ (Pays des hommes intègres) ist eines der ärmsten Länder Afrikas. Mit einer Analphabetenquote von beinahe 80%, nur wenigen Bodenschätzen und ohne direkten Zugang zum Meer schaffte es das Land in den vergangenen Jahrzehnten nur dann in westliche Schlagzeilen, wenn Hungersnöte oder Putsche die Aufmerksamkeit erregten. Erst unter dem Präsidenten Blaise Compaoré konnte Burkina Faso sein Negativimage ab-

streifen. Allerdings nutzte der ehemalige Militär das präsidiale System des Landes nicht nur uneigennützig. In 27 Jahren Regentschaft und nach zahlreichen Verfassungsänderungen zu seinen Gunsten verschaffte er dem Land den Ruf eines regionalen Stabilitätsankers. In der an Krisen und Konflikten nicht gerade armen Region Westafrika sicherlich ein nicht zu vernachlässigender Erfolg. Grundsätzlich positive makroökonomische Daten, vermeintliche innenpolitische Stabilität sowie die enge Anlehnung an die realpolitischen Kurse Frankreichs und der USA verschafften dem Regime den erforderlichen Spielraum für den Verbleib an der Macht.

Auch wenn Vergleiche etwa mit dem „Regime Ben Ali“ in Tunesien nur teilweise zutreffen, galt für die Regierung Compaoré in Burkina Faso, dass persönliche Bereicherung der Eliten, eine angepasste Justiz und eine ins Absurde geführte Legislative den Alltag des Landes bestimmten. Nach mehr als einem Vierteljahrhundert „System Compaoré“ degenerierte die Regierungspartei CDP¹ zu einem angepassten Wahlverein, dem jegliches Gespür für politische und gesellschaftliche Entwicklungen oder gar Veränderungen verloren gegangen war.

Unter dem Deckmantel demokratischer Verfahren und verfassungskonformer Legitimation sollte dann im Oktober 2014 der Machterhalt ein weiteres Mal über eine Verfassungsänderung garantiert werden. Diesem Anliegen waren allerdings bereits jahrelange landesweite Diskussionen und Unmutsäußerungen vorausgegangen. Ganz offenbar hatten Präsident und Partei den Blick für das Ausmaß an Unzufriedenheit („raz-le-bol“ oder „y'en a marre“) im Land dramatisch unterschätzt. Am 30. und 31. Oktober 2014 kam es zu landesweiten, mehrheitlich friedlichen Übergriffen auf die Symbole des Regimes Compaoré und der mit ihm verbandelten Eliten. Zu entschlossen und zu massiv waren die das ganze Land umfassenden Demonstrationen, als dass Militär oder Sicherheitskräfte diesem Volkszorn ohne größeres Blutvergießen hätten begegnen können. Innerhalb von nur 48 Stunden wurde die politische Elite hinweggefegt, die Familie Compaoré flüchtete in das Nachbarland Côte d'Ivoire.

Eine in dieser Lage eingesetzte Übergangsregierung, anteilig besetzt aus Militär, Zivilgesellschaft und Oppositionsparteien, wurde beauftragt, innerhalb von 12 Monate Wahlen abzuhalten, die nun für den 11. Oktober terminiert sind. Der geltenden Verfassung wurde eine Übergangscharta beigegeben (Charte de Transition), um das Land nicht in ein rechtsstaatliches Vakuum abgleiten zu lassen. Diese eigentlich kluge Entscheidung fand in der Öffentlichkeit zwar keinen ungeteilten Beifall, garantiert allerdings, dass die in 27 Jahren Compaoré erodierten öffentlichen Institutionen sich an den neuen Gegebenheiten ausrichten müssen.

Verständlich ist auch, dass in dieser Phase der Neuausrichtung nicht nur rational gehandelt wird. Aufgestaute Emotionen, politische Partikular- oder Einzelinteressen sowie das möglichst frühzeitige Positionieren für den bereits begonnenen Vorwahlkampf dominieren derzeit ein Land, das seine ohnehin chronisch knappen öffentlichen Finanzen nur mit Hilfe internationaler Geber gerade eben so stemmt. In einer derart angespannten, und

¹ Congrès pour la Démocratie et le Progrès
Hanns-Seidel-Stiftung_Politischer Sonderbericht_Burkina Faso_18.06.2015

zum Teil von zu hohen, auch wirtschaftlichen Erwartungen geprägten Stimmung, kommt es vor allem darauf an, dass die zuständigen Institutionen verantwortlich, glaubwürdig, kompetent und am Gemeinwohl ausgerichtete Entscheidungen treffen. Aus diesem Grund unterstützt die HSS-Westafrika u.a. den mehrheitlich neu besetzten burkinischen Verfassungsrat, und bereitet diesen mit Unterstützung internationaler Experten auf die kommenden Aufgaben vor; etwa mit der ehemaligen Präsidentin des Verfassungsgerichts des Niger, Frau Salifou Fatimata BAZEYE, die sich 2010 dem Versuch des nigrischen Präsidenten Tanja widersetzt hatte, über eine widerrechtliche Verfassungsänderung ein weiteres Mandat zu erlangen.

Ganz sicher stehen Burkina Faso noch turbulente Zeiten bevor. Die Frage der Aufarbeitung möglicher Vergehen der Regierung Compaoré wird ebenso die Tagesordnung bestimmen wie eine sicherlich notwendige Reform der burkinischen Verfassung. Und noch ist keinesfalls sicher gestellt, dass die ehemalige Gefolgschaft der Regierung Compaoré oder dass die vormaligen wirtschaftlichen Eliten dem angestrebten politischen Paradigmenwechsel tatenlos zusehen werden. Aber zunächst müssen die für den Übergang designierten Verantwortlichen dafür Sorge tragen, dass dem Land wieder Vertrauen entgegengebracht wird, auch und vor allem seitens ausländischer Investoren, die ihre Projekte nach den Unruhen größtenteils auf Eis gelegt hatten. Umso stärker kommt es in dieser kritischen Phase darauf an, dass die internationale Gemeinschaft ihrer deklarierten Solidarität auch Taten folgen lässt. Zwar genießt Burkina Faso nicht die politische Aufmerksamkeit wie etwa Tunesien. Für die geopolitische Stabilität Westafrikas ist sie aber mindestens ebenso bedeutsam, betrachtet man die das Land umgebenden Krisenherde. Zu wünschen ist, dass das Land wieder Gelegenheit erhält, seinem Namen der „ehrenwerten Menschen“ alle Ehre zu machen.

Ralf Wittek

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika

IMPRESSUM

Erstellt: 18.06.2015

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2014

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de